

Dr. Andreas Schockenhoff

für Ravensburg–Bodensee im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 11 • 19. Juni 2009

Thema der Woche

Sieg bei der Europawahl

Versuch der SPD, mit Steuergeldern Wahlsiege zu kaufen, ist kläglich gescheitert

Wir freuen uns über den Erfolg bei der Europawahl und gratulieren allen Europaabgeordneten der CDU/CSU, allen voran unseren sechs wiedergewählten Kollegen von der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Europäischen Parlament die nun unter Führung ihres Vorsitzenden, Rainer Wieland MdEP, mit kraftvoller Stimme in Brüssel die Interessen unseres Landes in Europa vertreten werden. Unsere Glückwünsche gehen auch an alle unsere Freunde und Partner der anderen EVP-Parteien. Es ist gut und wichtig, dass die EVP auch weiterhin als mit Abstand stärkste Kraft im Europaparlament die Geschicke der Europäischen Union maßgeblich mitgestalten kann. Das Wahlergebnis ist nicht nur eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der Union in Brüssel, sondern auch unserer bald vierjährigen Arbeit in der Großen Koalition in Berlin. Besonders erfreulich ist für uns alle das hervorragende Abschneiden der CSU. Das ist Ansporn auch für die kommende Bundestagswahl. Wir werden alles daran setzen, unsere Resultate weiter zu verbessern und mit der FDP zusammen eine bürgerliche Mehrheit zu bilden. Das Wahlergebnis zeigt deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger wissen genau, wer auch in schweren Zeiten ihre Interessen vertritt und gute Politik für unser Land macht, anstatt, wie die SPD, den Wahlkampf vorzeitig zu eröffnen. Wir verstehen dieses Wahlergebnis als Aufforderung, weiterhin mit ganzer Kraft daran zu arbeiten, die aktuelle Wirtschaftskrise so schnell wie möglich zu überwinden und unser Land gestärkt in die Zukunft zu führen. Daher werden wir Staatshilfen mit Augenmaß einsetzen: Wir sind erleichtert, dass Dank der staatlichen Unterstützung mit dem Zulieferungsunternehmen „Magna“ ein privater Investor für Opel gefunden werden konnte. Damit ist die Gefahr gebannt, dass Opel in den Strudel der Insolvenz seiner amerikanischen Mutterfirma General Motors gerät.

In diesem Fall wären uns die Hände gebunden gewesen, sämtliche Entscheidungen hätten dem amerikanischen Insolvenzverwalter obliegen. Dank der nun gefundenen Lösung ist sichergestellt, dass auch die zur Überbrückung notwendige Staatshilfe ausschließlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland verwendet wird. Anders als bei Opel standen hinter dem Arcandor-Konzern solvente inländische Investoren, die sich jedoch selbst nicht bereit-erklärten, die drohende Insolvenz abzuwenden. Darüber hinaus war Arcandor bereits lange vor Beginn der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Schieflage geraten, während Opel zum Stichtag, dem 1. Juli 2008, ein intaktes Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell war. Aus diesen Gründen hat sich der Einsatz von Steuergeldern für den Kaufhauskonzern verboten. Es kann nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein, unternehmerische Fehlentscheidungen aufzufangen – auch nicht in Wahlkampfzeiten. Es ist eine Illusion zu glauben, der Staat und damit der Steuerzahler könnte an die Stelle privater Unternehmer und Investoren treten. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat Steinmeier sind zu Recht mit ihrem Versuch gescheitert, sich durch Angriffe auf die Kanzlerin und den Bundeswirtschaftsminister zu profilieren und die Gesellschaft zu spalten. Dem Versuch mit populistischen Versprechen auf Stimmenfang zu gehen, haben die Wählerinnen und Wähler eine klare Abfuhr erteilt. Wir danken Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg für ihren Einsatz zur Überwindung der Krise und zur Sicherung der Arbeitsplätze. Mit ihrem engagierten und pragmatischen Vorgehen haben sie sowohl bei Opel als auch bei Arcandor eine tragfähige Lösung gefunden, die den Interessen der Beschäftigten und der Steuerzahler gleichermaßen entspricht.

Aus Plenum und Lobby

Andenken an 17. Juni 1953

In dieser Woche haben wir der Teilnehmer und Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedacht. Ihr Andenken mahnt uns, jegliche Form des Totalitarismus entschieden zu bekämpfen. Vor 56 Jahren begann mit Streiks und Demonstrationen der Aufstand gegen die SED-Diktatur. Am 17. Juni 1953 schlossen sich im ganzen Land über eine Million Menschen den Protesten an und forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Nur mit massivem Einsatz von Polizei und sowjetischer Armee konnten die sozialistischen Machthaber den Aufstand niederschlagen. Mindestens 55 Menschen wurden von Volkspolizisten und Rotarmisten erschossen. In den Tagen nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden mehr als 6.000 Personen verhaftet und zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Sieben von ihnen wurden hingerichtet. Der 17. Juni 1953 war die bis dato größte Freiheitsbewegung der deutschen Geschichte. Vor aller Welt demonstrierte die ostdeutsche Bevölkerung ihren Mut und Widerstand gegen die sozialistischen Unterdrücker. Gleichzeitig zeigte er, dass der Sozialismus nur mit Gewalt und gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden konnte. Wenn die Linkspartei heute „Freiheit durch Sozialismus“ fordert, zeigt das nicht nur die Geschichtsvergessenheit dieser Partei, sondern offenbart auch, dass sie bis heute einer veralteten Ideologie anhängt, die nicht Freiheit, sondern Zwang und Unterdrückung bedeutet. Wir gedenken in dieser Woche der Teilnehmer und Opfer des Aufstandes. Ihr Andenken mahnt uns, jegliche Form des Totalitarismus entschieden zu bekämpfen.

Bürger entlasten – Kaufkraft stärken

Mit dem Bürgerentlastungsgesetz, das wir in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedet haben, entlasten wir die Bürgerinnen und Bürgern von über neun Milliarden Euro jährlich und unterstützen damit die Vielzahl der Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Ab kommendem Jahr können sie ihre Aufwendungen für die Krankenversicherung steuerlich geltend machen. Die Neuregelungen gelten für gesetzlich und privat Krankenversicherte sowie gesetzlich Pflegeversicherte gleichermaßen. Auch können privat Krankenversicherte nun erstmals die entsprechenden Beiträge für ihre mitversicherten Kinder steuerlich vollständig absetzen. Damit folgen wir der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts. Diesen Weg hin zu Entlastungen wollen wir nach der

Bundestagswahl durch eine Steuerreform entschlossen weitergehen. Die Entlastung der Familien und Leistungsträger ist die beste Methode, um unser Land schnell aus der Krise herauszuführen.

Finanzmarktaufsicht wird gestärkt

Mit dem in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht sollen gezielt die präventiven Befugnisse der Finanzmarktaufsicht gestärkt sowie deren Eingriffsrechte in Krisenzeiten verbessert werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, durch zusätzliche Meldepflichten die Informationsbasis der Aufsichtsbehörden zu vergrößern, um Risikopotenziale zukünftig besser einschätzen zu können. Die geplanten gesetzlichen Änderungen sollen spätestens im Sommer 2009 in Kraft treten.

Agrardiesel begünstigt

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes werden Land- und Forstwirte beim Agrardiesel deutlich entlastet. Damit alle landwirtschaftlichen Betriebe wieder von dem reduzierten Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 25,56 Cent pro Liter profitieren, entfällt der 2005 eingeführte Selbstbehalt von 350 Euro je Betrieb bei der Rückvergütung für zwei Jahre. Ebenso wird für zwei Jahre die Deckelung von maximal 10.000 Litern je Betrieb gestrichen. Diese Regelungen gelten bereits für 2009.

Zitat

«Ein Grund, warum es gut ist, dass sie wieder in die Regierung kommen, ist auch, dass sie nicht mehr das Blaue vom Himmel versprechen können.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am 13. Juni in Berlin über eine mögliche Beteiligung der FDP an einer Unionsgeführten Bundesregierung)

Daten und Fakten

- **Deutschland ist auch in der Krise ein attraktiver Wirtschaftsstandort:** Ausländische Topmanager international investierender Unternehmen gehen davon aus, dass Deutschland die derzeitige Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigen kann. Unter allen europäischen Ländern hat Deutschland demzufolge die besten Chancen auf eine rasche Erholung. Als Stärken des Wirtschaftsstandorts Deutschland nannten die Top-Entscheider vor allem die Qualität der Infrastruktur und Forschung, die Qualifikation der Arbeitnehmer und die soziale Stabilität. Die ökonomische Bewältigung der Wiedervereinigung und die Arbeitsmarktreformen hätten überdies bewiesen, dass Deutschland auch schwierige Situationen meistern kann. Die in den vergangenen Jahren gesunkenen Lohnstückkosten haben zudem dazu beigetragen, den Lohnvorteil der Schwellenländer zu verringern. Insgesamt gilt Westeuropa wieder als attraktivste Region für Investoren, während Osteuropa, Russland, Brasilien, Indien und China zurückgefallen sind. Im direkten Ländervergleich der mittelfristig attraktivsten Standorte liegt Deutschland dagegen weiterhin auf dem sechsten Rang, während die USA, China und Indien ihre Spitzenposition behaupteten.

(Quelle: Ernst & Young)

- **3,9 Prozent mehr Gründungen größerer Betriebe:** Im ersten Quartal des laufenden Jahres sind knapp 42.000 Betriebe gegründet worden, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Die Zahl der Gründungen größerer Betriebe war damit um 3,7 Prozent höher als im 1. Quartal 2008.

Die Zahl der Gründungen von Kleinunternehmen hat – nach einem Rückgang im Jahr 2008 um 7 Prozent – im 1. Quartal 2009 um 0,5 Prozent weiter abgenommen. Dagegen stieg die Zahl der Gründungen von Betrieben, die im Nebenerwerb ausgeübt werden, um 3,8 Prozent auf rund 66.000 Betriebe. Die Gesamtzahl der Gewerbeanmeldungen, die nicht nur bei Gründung eines Gewerbebetriebes erfolgen müssen, sondern auch bei Verlagerung, Umwandlung oder Übernahme, erhöhte sich im 1. Quartal 2009 um 1,8 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf knapp 223.000.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Unternehmen halten an ihren Mitarbeitern fest:** Trotz des starken Einbruchs der Wirtschaftsleistung sowie schlechter Auftragslage halten die meisten Unternehmen an ihren Beschäftigten fest. Statt ihre Mitarbeiter zu entlassen, greifen die Firmen in bisher unbekanntem Ausmaß zu internen Strategien der Anpassung des Personaleinsatzes an die verschlechterte Auftragslage. Genutzt werden vor allem Kurzarbeit, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Abbau von Überstunden und eine Reduzierung der Guthaben auf den Arbeitszeitkonten. Aus diesem Grund gehen Experten selbst bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent lediglich von 3,7 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aus. Das entspräche dem angesichts der Schwere der Wirtschaftskrise moderaten Anstieg um 430.000 gegenüber 2008.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)



B 30 Süd

Post aus Ravensburg für den Bundesverkehrsminister

Die Stadt Ravensburg startet eine neue Initiative für den Baubeginn der B 30 Süd. Zum Auftakt bekam Bundesverkehrsminister Tiefensee persönliche Post vom Oberbürgermeister: einen Originalspaten für den ersten Spatenstich. Übergeben hat den Spaten Bundestagsabgeordneter Dr. Andreas Schockenhoff am Donnerstag an Minister Tiefensee. Im Schreiben des OB an den Minister heißt es: "Der Baubeginn der B 30 Süd wurde uns immer wieder in Aussicht gestellt. Seit Februar 2006 ist die Trasse planfestgestellt und rechtskräftig. Für 10 Millionen Euro sind Vorarbeiten ausgeführt, die Stadt hat auf eigene Rechnung 60 Hektar Land für die Straße und den ökologischen Ausgleich gekauft, die Flurbereinigung ist eingeleitet. Wir haben unsere Arbeit getan – jetzt bauen wir auf Sie".

Dr. Schockenhoff hat zugesagt, dass er sich persönlich und zusammen mit den anderen Abgeordneten der Region weiterhin mit ganzer Kraft für die B 30 Süd einsetzen werde.

Zugesagt haben ihre Unterstützung außerdem die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, das WiFo und Ravensburger Unternehmen.

Abstimmung zur Patientenverfügung

In dieser Woche haben wir uns auch mit der Patientenverfügung beschäftigt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem respektvollen Umgang mit schwerkranken Menschen, dem Respekt vor dem menschlichen Leben bis zum Schluss und der Selbstbestimmung des Menschen. Soll eine einmal abgegebene Patientenverfügung in jedem Fall bindend sein, oder müssen Ärzte und Verwandte eventuell die Möglichkeit haben, von dem in der Patientenverfügung dokumentierten Willen abzuweichen, wenn die Situation sich deutlich geändert hat? Zur Abstimmung lagen drei unterschiedliche Anträge vor. Gestimmt habe ich selbst für den Antrag des CDU-Rechtsexperten Wolfgang Bosbach. Dieser betont, dass die Verfassung den Gesetzgeber auch zum Lebensschutz auffordert. Somit sollte wenigstens eine ärztliche Beratung stattgefunden haben, wenn aufgrund einer Patientenverfügung bei möglicherweise heilbarer Erkrankung eine Behandlung abgebrochen werden soll. Leider gab es für diesen Antrag keine Mehrheit. Stattdessen hat sich für den Antrag des SPD-Politikers Joachim Stünker eine Mehrheit aus SPD, Grüne, Den Linken und der FDP formiert, was im Übrigen ein sehr schlechtes Signal ist. Dieses Gesetz sieht nun vor, dass Patientenverfügungen ohne Einschränkungen als verbindlich erklärt werden, sofern sie in schriftlicher Form vorliegen. Auf Art und Stadium der Erkrankung kommt es dabei nicht an.

Terminvorschau

21.06.2009

Besuch des Kreisfeuerwehrtages 2009 in Bad Waldsee und 150 Jahre Freiwillige Feuerwehr Bad Waldsee

26.06.2009

Besuch bei der Gemeinde Wilhelmsdorf zum Spatenstich der Flurbereinigung in Wilhelmsdorf-Tafern

26.06.2009

Einführung des neuen Vorstandsvorsitzenden der Zieglerischen Anstalten in Wilhelmsdorf

27.06.2009

Besuch des 26. Langenargener Symposiums

27.06.2009 , 18.30 Uhr

Festbankett 100 Jahre Musikverein Hauerz e.V.

28.06.2009

Besuch des Kinderfestes in Altshausen

29.06.2009 bis 03.07.2009

Sitzungswoche in Berlin

06.07.2009 , 15.00 Uhr

Gemeindebesuch in Riedhausen

08.07.2009

Firmenbesuch Versandhaus Waltz in Bad Waldsee

08.07.2009

Mitgliederversammlung des CDU-Wirtschaftsrates Sektion Ravensburg-Friedrichshafen

Schloss Montfort in Langenargen

10.07.2009

Abgeordnetentag mit dem OV Argenbühl

12.07.2009

Besuch des Heimat- und Kinderfestes in Weißenau

13.07.2009

Besuch des Heimatfest und Schülertag in Weingarten

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Tel. 030/ 227-73174
Fax 030/ 227-76955
www.schockenhoff.de
andreas.schockenhoff@bundestag.de